

Westpapua im Jahr 2025

Geschichte, Menschenrechte und
aktuelle politische Situation

Verschwindet
der Wald,
verschwinden
auch wir.

Wir sind froh,
wenn es uns in fünf Jahren
noch gibt.

Wie können
wir anderen Mut machen,
wenn wir selbst
traumatisiert sind?

Ich habe keine
andere Wahl.

Wer kümmert sich sonst?



Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal

Telefon +49 202 89004-170

wpn@westpapuanetz.de
www.westpapuanetz.de

Oktober 2025

Westpapua im Jahr 2025

Geschichte, Menschenrechte und aktuelle politische Situation

1. Allgemeiner Überblick

Westpapua ist die östlichste Region Indonesiens und umfasst die westliche Hälfte der Insel Neuguinea, deren östlicher Teil den unabhängigen Staat Papua-Neuguinea bildet. Seit 2022 besteht Westpapua aus den sechs Provinzen Papua, Hochland-Papua, Zentral-Papua, Süd-Papua, Südwest-Papua und West-Papua.

Nach dem Ende der niederländischen Kolonialzeit strebte die indigene Bevölkerung die Gründung eines unabhängigen Staates an. Dies widersprach jedoch den Plänen des damaligen indonesischen Staatspräsidenten Sukarno, der 1961 dazu aufrief, Westpapua an Indonesien anzugliedern und Truppen in die Region entsandte. Unter dem Druck der USA, die im Kalten Krieg einen Verbündeten in Indonesien suchten und mit Unterstützung der Vereinten Nationen (UN) unterzeichneten die Niederlande und Indonesien im August 1962 das sogenannte New Yorker Abkommen. Nach einer Übergangsverwaltung durch die UN sollte Westpapua 1963 an Indonesien übertragen werden.

Ein im Abkommen vorgesehenes Referendum über die Staatszugehörigkeit Westpapas wurde 1969 unter Androhung von Zwang und Gewalt sowie mit nur etwa 1.000 handverlesenen Stimmberechtigten durchgeführt. Das Ergebnis war eine Zustimmung zum Anschluss an Indonesien. Dieser „Act of Free Choice“ wird seitdem von vielen als „Act of No Choice“ bezeichnet. Trotz der offensichtlichen Manipulation wurde das Referendum von der UN anerkannt.

In der Zwischenzeit hatte Sukarnos Nachfolger Suharto seine Militärdiktatur auch in Westpapua etabliert. Führende Papua wurden aus ihren Ämtern entfernt; wer nicht fliehen konnte, wurde ermordet. Schriften über die Geschichte Westpapas sowie niederländische Schulbücher wurden systematisch vernichtet, Häuser geplündert und Kulturgüter geraubt. Hunderttausende Migrant*innen aus anderen Teilen Indonesiens zogen nach Westpapua und übernahmen wichtige Posten in Wirtschaft und Verwaltung. Die meisten Papua litten schweigend, während aufkommender Widerstand brutal unterdrückt wurde. Indigene Papua, die sich als Melanesier*innen sehen, machen bereits seit 2010 weniger als die Hälfte der derzeit über 5 Millionen Einwohner*innen in Westpapua aus.

Trotz der Vielfalt der Bevölkerung Westpapas mit über 250 indigenen Bevölkerungsgruppen, eigenen Sprachen und Traditionen eint die Papua ihre Erfahrung von Menschenrechtsverletzungen, Marginalisierung und Rassismus. Zehntausende wurden Opfer zahlloser und anhaltender Menschenrechtsverletzungen. Eine fortschreitende Militarisierung, Gewalt gegen die indigene Zivilbevölkerung, Abholzung des Regenwaldes und eine nicht endende rassistische Diskriminierung kennzeichnen den Konflikt noch immer. Gleichzeitig bleibt er in aktuellen (eurozentrischen) Debatten kaum sichtbar, während außenpolitische Interessen und innenpolitisch geförderte Stigmata eine friedliche Konfliktlösung behindern.

Die Papua streben nach Selbstbestimmung, dem Schutz ihrer Menschenrechte sowie dem Erhalt ihrer Sprache, Kultur und des Regenwaldes. Demgegenüber steht das Interesse der indonesischen Regierung, Westpapua als Teil des Einheitsstaates zu erhalten und den Fokus auf wirtschaftliche Entwicklung zu legen. Seit Jahren fordern verschiedene Akteur*innen einen friedlichen Konfliktlösungsprozess. Die Papua wünschen sich jedoch einen Ansatz, der sich nicht ausschließlich auf wirtschaftliche Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur konzentriert. Vielmehr sollten alle Konfliktdimensionen – Wirtschaft, Politik, Marginalisierung und Rassismus – betrachtet und ein Dialog eingeleitet werden, der durch eine neutrale dritte Partei moderiert wird.

2. Ein Konflikt – mehrere Dimensionen

Der Konflikt in Westpapua begann als vertikaler Konflikt zwischen der indonesischen Regierung und den indigenen Papua mit der Frage nach der Unabhängigkeit der Region. Über die vergangenen Jahrzehnte hat er an Reichweite gewonnen, neue Akteur*innen hervorgebracht und sich zunehmend zu einem horizontalen Konflikt entwickelt, der tief in den Vorurteilen und Einstellungen der Bevölkerungsgruppen verankert ist. Eine fortgeführte Kolonialisierung, das Versagen der internationalen Politik sowie geopolitische und ökonomische Interessen prägen die (Un-)Sichtbarkeit des Konflikts. Hinzu kommen nationale Propaganda, die Kontrolle über Informationen und Medien sowie der von der indonesischen Regierung erschwerte physische Zugang zur Region – oft verbunden mit Druck, Gewalt und politischer Steuerung.

Reichtum im Boden – Armut an der Oberfläche

Die Frage nach Westpapas politischer Unabhängigkeit ist der Ursprung des Konflikts. Viele Papua sehen die Zugehörigkeit zum indonesischen Staatsgebiet bis heute als Fortsetzung kolonialer Herrschaft. Über die Jahrzehnte hat die Zahl der beteiligten Akteur*innen und Interessen zugenommen und die Komplexität erhöht. Zur Identitätspolitik, die weiterhin mobilisierende Kraft besitzt, kamen ökonomische Fragen hinzu: Westpapua verfügt über große Vorkommen an Gold, Kupfer und anderen Erzen. Unerschlossene Gasreserven, tropische Hölzer und Agrarflächen machen die Region für nationale und internationale Konzerne hochinteressant. Daraus resultiert ein starkes Interesse am Erhalt des Status quo. Trotz des enormen Reichtums bleiben die indigenen Papua wirtschaftlich und politisch marginalisiert. Menschenrechtsverletzungen, kulturelle Unterdrückung und eingeschränkte Bürgerrechte stützen ein System innerer Kolonialherrschaft, das durch staatliche Gewalt und die Ideologie nationaler Einheit gesichert wird.

Um diese Ordnung zu bewahren, investiert Indonesien seit über 60 Jahren massiv in Militär, Polizei und Infrastruktur. Kritik seitens indigener Papua wird als Separatismus diffamiert und mit Hochverratsvorwürfen beantwortet. Dies führt zu einer dauerhaften Gewaltspirale: Militärische Einschüchterung oder Gewalt gegen die Zivilbevölkerung provoziert Gegenwehr, die wiederum als Rechtfertigung für noch mehr Militär dient. Inzwischen geht es nicht mehr darum, den Konflikt zu lösen, sondern ihn durch Militärpräsenz immer wieder neu anzukurbeln – mit dem Ziel, wirtschaftliche Interessen abzusichern. Das Militär beteiligt sich heute auch an Regierungsprogrammen zur Ernährungssicherheit oder schützt andere Wirtschaftsprojekte. Der Reichtum Westpapas wird so zum Ressourcenfluch, der Gier, Korruption, Missstände und eine Schattenökonomie fördert. Solange internationale Akteur*innen am schnellen Extraktivismus mit hohen Gewinnen bei minimalen Investitionen festhalten, bleibt die Globalisierung ein struktureller Treiber des Konflikts.

Die Gewalt in Westpapua setzt koloniale Machtmethoden fort. Indonesien regiert durch Zwang, Überwachung und Enteignung – häufig auf Kosten indigener Rechte, Kultur und Autonomie. Entwicklung darf nicht länger ein Vorwand für Landraub sein, sondern muss Gerechtigkeit, Vielfalt und historische Wiedergutmachung fördern. Solange dies ausbleibt, kehren koloniale Muster immer wieder zurück.

Horizontaler Konflikt

Seit Konfliktbeginn ist dieser asymmetrisch. Identitätspolitik dient weiterhin als treibender Motor. Ein zentrales Mittel war das 1969 gestartete Transmigrasi-Programm, durch das Zehntausende Familien aus Java und Sumatra nach Westpapua umsiedelten. Dadurch wurden die indigenen Papua zu einer Minderheit unter 50 %. Bis heute genießen Transmigrant*innen Vorteile beim Zugang zu Krediten, bei der Eröffnung von Geschäften und bei der Vergabe von Grundstücken. Indigene Papua hingegen bleiben wirtschaftlich, sozial und kulturell benachteiligt.



*Der Reichtum Westpapas wird so zum Ressourcenfluch, der Gier, Korruption, Missstände und eine Schattenökonomie fördert. Solange internationale Akteur*innen am schnellen Extraktivismus mit hohen Gewinnen bei minimalen Investitionen festhalten, bleibt die Globalisierung ein struktureller Treiber des Konflikts.“*

Zunehmend warnen Stimmen vor einer Verschiebung hin zu einem horizontalen Konflikt. Bereits jetzt führen wirtschaftliche, politische, religiöse und ideologische Spannungen zu Konflikten zwischen Papua und Migrant*innen. Korruption, Gier und Misstrauen könnten diese Spaltung vertiefen. Der tief verwurzelte Rassismus gegen indigene Papua hält die Konfliktdynamik seit Jahrzehnten aufrecht.

Innenpolitische Zustimmung

Gleichzeitig überzeugt der indonesische Staat seine Bevölkerung von der Notwendigkeit des militärischen Vorgehens in Westpapua. Vorurteile und rassistische Stigmata werden durch Propaganda, Medienkontrolle und eingeschränkten Zugang zur Region gestützt und innenpolitisch instrumentalisiert. Indonesien präsentiert sich als Modernisierer, der Westpapua für die gesamtstaatliche Prosperität erschließt. Investitionen in Westpapua gelten als Grundlage für Wohlstand in Indonesien und für den Aufstieg zur Regionalmacht.

Geopolitik und nationale Wirtschaftspolitik stehen dabei über Fragen der menschlichen Sicherheit. Entscheidend ist nicht, „wer“ diese Politik gestaltet, sondern „wie“ sie sich äußert. So versprach auch der 2024 ins Amt gewählte Präsident Prabowo Subianto, den wirtschaftlichen Kurs seines Vorgängers Joko Widodo fortzuführen. Seine Vergangenheit als Militärgeneral und die Verwicklung in Menschenrechtsverletzungen – in Osttimor und Westpapua – hielten seine Wähler*innen nicht von der Wahl ab. Welche Folgen die Militarisierung und Umweltzerstörung für das Leben der Papua haben, ist den meisten Indonesier*innen außerhalb Westpapas kaum bekannt. Frieden, Teilhabe und Menschenrechte finden im indonesischen Diskurs keinen Platz.





Wenn Indonesien ein neues Geschichtskapitel aufschlägt, darf Westpapua nicht nur als Rohstoffquelle oder Konfliktherd erscheinen, sondern muss als Mitgestalter anerkannt werden.

Das bedeutet, Erfahrungen und Perspektiven der indigenen Bevölkerung ernst zu nehmen – nicht als Fußnote, sondern als gleichberechtigten Teil der nationalen Identität.“

Keine Geschichte ohne Westpapua: Für eine Stimme der Verschwiegenen

Im Mai 2025 rief Präsident Prabowo Subianto ein ambitioniertes Projekt ins Leben: Über 120 Historiker*innen sollen eine zehnbändige Gesamtdarstellung der indonesischen Geschichte verfassen – von den Anfängen bis heute. Offiziell soll so eine ehrlichere, integrativere Erinnerungskultur entstehen. Doch in Westpapua stellt sich die Frage: Wer erzählt diese Geschichte – und wer wird übergangen?

Für viele Papua ist die offizielle Geschichtsschreibung eine schmerzvolle Verzerrung. Besonders die sogenannte Volksabstimmung von 1969 gilt als Beispiel: Während Indonesien sie als demokratischen Meilenstein darstellt, sprechen die Papua vom „Act of No Choice“. In Schulbüchern dagegen wird ein Bild des freiwilligen Anschlusses vermittelt.

Eine wirklich integrative Geschichtsschreibung muss nicht nur Fakten festhalten, sondern auch zuhören: den Stimmen der Peripherie, jenen, die lange zum Schweigen gebracht wurden. Papua ist dabei mehr als eine Randregion – es ist ein Prüfstein für die demokratische Reife Indonesiens.

Wenn Indonesien ein neues Geschichtskapitel aufschlägt, darf Westpapua nicht nur als Rohstoffquelle oder Konfliktherd erscheinen, sondern muss als Mitgestalter anerkannt werden. Das bedeutet, Erfahrungen und Perspektiven der indigenen Bevölkerung ernst zu nehmen – nicht als Fußnote, sondern als gleichberechtigten Teil der nationalen Identität.



3. Die Situation der Menschenrechte in Westpapua im Jahr 2025

Der bewaffnete Konflikt in Westpapua dauert seit Jahren an und hat weiterhin massive Folgen für die Zivilbevölkerung. Der 2024 ins Amt des Präsidenten gewählte Prabowo Subianto setzt mit seiner Regierung wie sein Vorgänger Joko Widodo auf wirtschaftliche Großprojekte und Rohstoffausbeutung, abgesichert durch militärische Präsenz. Dies führt zu mehr Gewalt, Enteignungen und zur weiteren Marginalisierung der indigenen Bevölkerung.

2024 erreichte die Eskalation einen neuen Höhepunkt: Unabhängige Stellen dokumentierten 135 bewaffnete Angriffe. Zwar gingen die zivilen Opferzahlen im Vergleich zu 2023 leicht zurück, doch Vertreibungen und militärische Operationen zwangen Zehntausende in die Flucht.

Zentrale Probleme sind Straflosigkeit, außergerichtliche Tötungen, Folter und Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Fälle von Misshandlungen durch Polizei und Militär werden kaum aufgeklärt; Verfahren und Prozesse gegen Täter bleiben aus. 2024 wurden 17 außergerichtliche Hinrichtungen und 53 Fälle von Folter dokumentiert. Angehörige der Opfer und Menschenrechtsverteidiger*innen stoßen mit Forderungen nach Gerechtigkeit auf Widerstand und werden häufig diffamiert oder eingeschüchtert. Proteste werden gewaltsam aufgelöst, Aktivist*innen verhaftet. Zwar gingen die Anklagen wegen Hochverrats zurück, wurden aber durch andere Strafrechtsparagrafen ersetzt.

Änderungen im Militärgesetz & Streben nach militärischer Unabhängigkeit

Am 20. März 2025 änderte das indonesische Parlament das Militärgesetz von 2004. Das Militär erhielt zusätzliche politische und gesellschaftliche Aufgaben und kann seither Offiziersposten auch in Bereichen wie Strafverfolgung, Bildung und Gesundheit übernehmen. Präsident Prabowo Subianto wies Kritik daran entschieden zurück. Reformen, die eine Strafverfolgung von Militärangehörigen erleichtern würden, blieben aus. Ein Vorschlag zur wirtschaftlichen Beteiligung des Militärs scheiterte am Widerstand.

Parallel dazu baute Indonesien seine militärischen Strukturen weiter aus. Indonesien modernisiert seine Streitkräfte gezielt, um seine außenpolitische und militärische Unabhängigkeit zu sichern. Dazu diversifiziert es seine Rüstungslieferanten und setzt verstärkt auf Kooperationen mit Ländern wie der Türkei, Frankreich und Großbritannien, die Technologietransfers anbieten. In den letzten Jahren hat Jakarta Verträge über neue Kampfflugzeuge, U-Boote, Fregatten sowie Raketen- und Luftabwehrsysteme abgeschlossen. Der Hintergrund: Die USA galten lange als wichtiger Partner, doch ihre unberechenbare Politik und Chinas zunehmender Druck im Südchinesischen Meer machen eine Abhängigkeit von Großmächten riskant. Mit der Diversifizierungsstrategie verfolgt Indonesien eine Art „Absicherungspolitik“ – wirtschaftlich und diplomatisch eng mit Großmächten verbunden, aber militärisch eigenständiger. Ziel ist nicht nur die Stärkung der nationalen Rüstungsindustrie, sondern auch die Schaffung von Handlungsspielraum für regionale Kooperationen, etwa gemeinsame Patrouillen mit Nachbarstaaten. In Bezug auf Westpapua bedeutet dies, dass die Regierung den Konflikt nicht durch Dialog, sondern durch militärische Stärke kontrollieren will.

Verschärfung der militärischen Lage 2025

Zu Beginn des Jahres 2025 verschärfte sich die ohnehin angespannte Situation erneut. In den ersten drei Monaten führten Militäroperationen – auch mit Luftangriffen – in den Hochlandregionen zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Bis Ende März waren über 86.000 Menschen als Binnenvertriebene registriert. Binnenflüchtlinge leben meist ohne Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung oder humanitärer Hilfe. Auch gezielte Tötungen von Zivilist*innen sowie Übergriffe auf Studierende, Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen nahmen zu.

Politische Verhaftungen und Justiz

2024 wurden 360 politische Verhaftungen dokumentiert, bei denen 370 Menschen festgenommen wurden – darunter 26 Minderjährige. Rund 46 % waren Mitglieder des KNPB, der größten Unabhängigkeitsorganisation. Viele Festnahmen standen im Zusammenhang mit der „Morning Star“-Flagge, andere mit dem Vorwurf der Unterstützung bewaffneter Gruppen. Die größte Verhaftungswelle (155 Personen) erfolgte im August anlässlich des Gedenkens an das New Yorker Abkommen von 1962.

Die meisten Inhaftierten wurden nach kurzer Zeit freigelassen; nur 18 Personen mussten sich vor Gericht verantworten, elf erhielten Haftstrafen zwischen fünf Monaten und zwölf Jahren. Besonders brisant war der Fall von Fatem Gelek, der erste Papua seit Jahrzehnten, der in einem politisch motivierten Verfahren die Todesstrafe erhielt.

Im ersten Quartal 2025 wurden mindestens 78 Menschen aus politischen Gründen festgenommen, viele willkürlich. Einige wurden gefoltert oder misshandelt, zwei starben. Frühere Verfahren führten zu Haftstrafen von bis zu sieben Jahren. Zwar ging die Zahl der Verhaftungen in den letzten drei Jahren zurück, doch dies hängt vor allem mit dem Rückgang öffentlicher Proteste zusammen. Der Raum für freie Meinungsäußerung und Versammlungen bleibt stark eingeschränkt.

Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit

Obwohl das indonesische Verfassungsgericht Teile des ITE-Gesetzes (Gesetz über elektronische Informationen und Transaktionen) aufhob, wurden in Westpapua Journalist*innen weiter bedroht. Der Anschlag auf die Medienplattform Jubi wurde nicht aufgeklärt. Zivilgesellschaftliche Organisationen berichten von gezielter Einschüchterung kritischer Stimmen. Auch religiöse Feiern und studentische Proteste wurden durch willkürliche Festnahmen gestört.

Zunehmende Gewalt in ländlichen Regionen

Zwischen April und Juni 2025 verdoppelte sich die Zahl der Kampfhandlungen. Die Zahl der Binnenvertriebenen stieg auf rund 98.000. Besonders in Intan Jaya und Puncak kam es zu Massakern: ganze Dörfer wurden niedergebrannt, Bewohner*innen wurden verschleppt oder getötet. Beobachter*innen verzeichneten im zweiten Quartal fast 30 getötete Zivilist*innen – mehr als doppelt so viele wie zuvor.

Bildung und Gesundheit

Die Lebensbedingungen verschlechtern sich auch abseits direkter Gewalt. Schulen in Konfliktgebieten bleiben geschlossen, Lehrkräfte fehlen oder werden durch Soldaten ersetzt. Tausende Kinder erhalten keinen Unterricht, Analphabetismusraten sind hoch.

Im Gesundheitswesen herrscht große Ungleichheit: In ländlichen Regionen fehlen Ärzt*innen, Medikamente und funktionierende Kliniken. In manchen Gebieten übernehmen Militärangehörige medizinische Aufgaben, was Misstrauen hervorruft. Krankenhäuser werden für militärische Zwecke genutzt. Frauen und Kinder sind besonders von der schlechten Versorgung betroffen. Hinzu kamen Streiks, da Pflegekräfte und Ärzt*innen monatelang keinen Lohn erhielten.

Landkonflikte und Großprojekte

Die Regierung setzt große Agrar- und Infrastrukturprojekte um, oft ohne Zustimmung der indigenen Bevölkerung. Diese bedrohen kulturelle Identität und Lebensgrundlagen. Palmöl- und Bergbauprojekte sowie das Ernährungsprojekt in Merauke führen zu Vertreibungen und Waldzerstörung. Juristische Schritte indigener Gruppen blieben weitgehend erfolglos. In einigen Fällen – etwa in Raja Ampat – wurden Genehmigungen zurückgezogen, doch die mächtigsten Konzerne blieben verschont. Sicherheitskräfte sichern weiterhin Großprojekte ab, was ihren eigentlichen Aufgaben widerspricht.

Internationale Aufmerksamkeit

Die internationale Aufmerksamkeit nahm zwar zu: Indigene Organisationen berichteten bei der UN von Verfolgung und Vertreibung, Amnesty International und mehrere pazifische Staaten kritisierten die Straflosigkeit. Doch Indonesien verweigert nach wie vor internationalen Beobachter*innen den Zugang nach Westpapua.

Ausblick

Die Lage in Westpapua verschärft sich weiter: Militärische Gewalt nimmt zu, zivile Räume schrumpfen, die Bevölkerung leidet unter Vertreibung, Armut und Repression. Internationale Rüstungspartnerschaften sichern Indonesien Rückendeckung, während indigene Gemeinschaften ihre Lebensgrundlagen verlieren. Das Jahr 2025 zeigt eine Eskalation, die nicht nur Westpapua betrifft, sondern auch Fragen nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenrechten in ganz Indonesien aufwirft.



4. Fallbeispiel Raja Ampat – ein globales Naturparadies in Gefahr

Ein neuer Bericht von Greenpeace Indonesien (Juni 2025) untersucht, wie die Ausweitung des Nickelbergbaus die Zukunft der Inselgruppe Raja Ampat bedroht. Die Region im Südwesten Papuas ist weltbekannt für ihre unvergleichliche biologische Vielfalt und gilt als Herzstück des sogenannten Korallendreiecks, in dem sich 75 % aller bekannten Korallenarten und rund 2.500 Fischarten finden. Zahlreiche weitere Arten sind endemisch, darunter Vögel wie der Rote Paradiesvogel oder der Waigeo-Kuskus. Raja Ampat ist nicht nur ökologisch von globaler Bedeutung, sondern auch kulturell wichtig: Indigene Gemeinschaften leben dort seit Jahrhunderten im Einklang mit Meer und Wald.

Tourismus als Chance und Belastung

Seit Jahren bewirbt die indonesische Regierung die Region international als „letztes Paradies“. Populäre Medien wie National Geographic oder CNN Travel zählen Raja Ampat regelmäßig zu den schönsten Reisezielen der Welt. 2023 erhielt die Region den Status UNESCO-Geopark, eine Bewerbung als UNESCO-Weltnaturerbe läuft. Damit soll Raja Ampat als Modellregion für Naturschutz und nachhaltigen Tourismus dienen. Tatsächlich entstanden zahlreiche lokale Projekte, die Einkommen direkt in die Dorfgemeinschaften bringen.

Doch die wachsende Popularität hat Folgen: 2024 stieg die Zahl der Tourist*innen um fast 70 %. Ohne funktionierende Abfall- und Abwasserentsorgung häufen sich Probleme wie Plastikmüll, Blaualgenblüten und andere Verschmutzungen. Eine massive Korallenbleiche Ende 2024 verdeutlichte die Verwundbarkeit des Ökosystems, wenn Klimawandel und lokale Umweltbelastungen zusammentreffen.

Nickel – strategischer Rohstoff mit zerstörerischen Folgen

Noch schwerwiegender als der Tourismus ist der Druck durch die Nickelindustrie. Indonesien verfügt über die weltweit größten Nickelreserven und produziert mehr als 60 % des globalen Angebots. Die steigende Nachfrage nach Batterien und Edelstahl hat einen Rohstoffboom ausgelöst, der seit dem Exportstopp für Roh-Nickel im Jahr 2020 zusätzlich befeuert wird. Milliarden fließen in Bergbau und Schmelzen, oft mit chinesischer Beteiligung.

Bergbaulizenzen in Raja Ampat

In Raja Ampat wurden in den vergangenen 20 Jahren zahlreiche Bergbaulizenzen erteilt, insbesondere für Nickel. Viele davon wurden später aufgehoben, doch häufig werden sie durch Verlängerungen, Gerichtsverfahren oder Neuausgaben wieder aktiviert. Im Mai 2025 sind mehrere aufgehobene Lizenzen vor Gericht anhängig. Auch weitere aufgehobene Lizenzen könnten erneut vergeben werden. Die meisten liegen auf Waigeo, eine weitere deckt die Fam-Inseln einschließlich Piaynemo ab.



Nickelabbau in Raja Ampat

Greenpeace dokumentiert fünf aktive Lizenzen:

- **Manuran:** Abbau seit 2006, zwischenzeitlich gestoppt, seit 2024 wieder aktiv; Proteste wegen Verschmutzung und Korallenschäden.
- **Gag:** Betrieb durch PT Antam seit 2017; über 300 Hektar Waldverlust, Vorwürfe der Wasserverschmutzung und sinkende Fischbestände.
- **Kawe:** Wiederaufnahme 2023; Sedimente trüben das Meer, Fischerei leidet; Nähe zu bekannten Tauchplätzen wie Eagle Rock.
- **Batang Pele/Manyafun:** Basislager errichtet, Genehmigung juristisch umstritten; Abbaugelände liegt in einem Schutzwald und nahe Privatunterkünften für Touristen (Homestays).
- **Waigeo:** 2025 gerichtlich reaktivierte Lizenz, bislang kein Abbau.

Insgesamt existieren in Raja Ampat 16 aktive oder ehemals gültige Lizenzen, zwölf davon im UNESCO-Geopark. Damit steht nicht nur die Natur, sondern auch die internationale Glaubwürdigkeit Indonesiens auf dem Spiel.

Transport, Verarbeitung und globale Lieferketten

Nickelerz aus den aktiven Minen PT Gag Nickel und PT KSM wird per Schiff in den Weda Bay Industrial Park (Halmahera) gebracht, wo es zu Edelstahl und Batteriezellen für Elektrofahrzeuge weiterverarbeitet wird. Beteiligt sind laut dem Bericht von Greenpeace u. a. die Firmen PT Tsingshan, Youshan Nickel Indonesia und PT Huayou. Damit könnte Nickel aus Raja Ampat in Lieferketten von Toyota, Honda, Nissan, Hyundai, BMW, Mercedes, Tesla und BYD gelangen. Wegen fehlender Transparenz ist dies jedoch nicht eindeutig belegbar.

Politische Verflechtungen und Interessenkonflikte

Der Bericht zeigt, dass viele Unternehmen enge Verbindungen zu Politiker*innen, Ex-Minister*innen, Militärs oder einflussreichen Unternehmerfamilien haben. Auf Kawe etwa ist ein ehemaliger Minister beteiligt, auf Gag eine staatliche Firma mit hochrangigen politischen Aufsichtsräten. Diese Verflechtungen nähren den Verdacht, dass wirtschaftliche Interessen politische Entscheidungen beeinflussen – oft zulasten von Natur und Gemeinden.

Naturschutz und rechtliche Rahmenbedingungen

Fast alle bestehenden oder potenziell reaktivierbaren Lizenzen liegen innerhalb des Raja Ampat Geoparks. Folgen des Abbaus sind Abholzung, Erosion, Korallensterben, hohe CO₂-Emissionen durch Kohlekraftwerke sowie soziale Probleme wie Landkonflikte und schlechte Arbeitsbedingungen in den Abbaugeländen oder Hütten. Obwohl große Teile des Parks gesetzlich geschützt sind, erlauben spezielle Genehmigungen Bergbau in Schutzgebieten. Einzelne Gesetze verbieten zwar grundsätzlich Bergbau auf Inseln unter 2.000 km², doch widersprüchliche Verordnungen und gerichtliche Schlupflöcher ermöglichen weiterhin Aktivitäten.

Bedrohung für Gemeinden und Tourismus

Für die lokale Bevölkerung bedeuten die Minen eine existenzielle Gefahr. Viele leben von Fischerei oder ökotouristischem Homestay-Betrieb. Verschmutzte Gewässer, zerstörte Korallenriffe und eingeschränkter Zugang zur Küste beeinträchtigen ihre Lebensgrundlage. Während die operativ



tätigen Bergbauunternehmen Arbeitsplätze und Entwicklung versprechen, überwiegen in der Realität Umweltzerstörung, Konflikte und Ungleichheit. Die Ausweitung des Nickelbergbaus, insbesondere in Zentral-Raja Ampat, löst zunehmende Besorgnis bei lokalen Gemeinschaften, Tourismusakteuren und Naturschutzorganisationen aus. Lokale Gruppen organisieren Proteste, Petitionen und Schreiben an politische Entscheidungsträger*innen, um Bergbauaktivitäten zu stoppen. Insbesondere die Auswirkungen auf Umwelt, Tourismus und die lokale Wirtschaft stehen im Fokus der Kritik.

Ist das Paradies noch zu retten?

Die Kombination aus reaktivierbaren Lizenzen, schwacher Gesetzesdurchsetzung und internationalen Investitionen bedroht die Biodiversität Raja Ampats massiv. Besonders riskant ist der Tagebau auf kleinen, ökologisch sensiblen Inseln. Ein sofortiger Stopp aller Nickelprojekte, der Verzicht auf Schmelzanlagen in Sorong und die rechtliche Absicherung als bergbaufreie Zone könnten Raja Ampat noch retten. Der Ausbau von Ökotourismusprojekten wäre eine nachhaltige Alternative, die die Natur schützt und das Einkommen der Bevölkerung sichert. Ohne solche Schritte droht jedoch die unwiederbringliche Zerstörung dieses einzigartigen Ökosystems – mit gravierenden Folgen für indigene Gemeinschaften und die internationale Glaubwürdigkeit Indonesiens als Schutzmacht der Biodiversität.

5. Empfehlungen zur aktuellen Menschenrechtssituation in Westpapua

- **Friedliche Konfliktlösung fördern:** Die Bundesregierung soll in ihrer bilateralen Zusammenarbeit mit Indonesien und in multilateralen Foren wie der UN darauf hinwirken, dass Indonesien sich für einen politischen Dialog zur nachhaltigen Beilegung des Westpapua-Konfliktes öffnet – unter Einbeziehung einer neutralen dritten Partei.
- **Rüstungsexporte stoppen:** Solange Militärangehörige in Indonesien an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind und diese nicht aufgearbeitet werden, dürfen keine deutschen Rüstungsgüter an Indonesien geliefert werden. Gleichzeitig soll die Bundesregierung die erstarkende Rolle des Militärs kritisch beobachten.
- **Menschenrechtsstelle einrichten:** In der deutschen Botschaft in Jakarta soll eine Stelle mit dem Schwerpunkt Menschenrechte geschaffen werden, die Entwicklungen in Westpapua gezielt beobachtet.
- **Militärpräsenz abbauen:** Die Bundesregierung soll in ihrer bilateralen Zusammenarbeit mit Indonesien und in multilateralen Foren wie der UN auf Indonesien einwirken, die Militärpräsenz in Westpapua zu verringern und sicherzustellen, dass Sicherheitskräfte nicht an der Ausbeutung natürlicher Ressourcen beteiligt sind oder davon profitieren.
- **Indigenes Wissen stärken:** Deutsche Entwicklungsprojekte in Westpapua sollen auf indigenes Wissen zurückgreifen und regelmäßig gemeinsam mit verschiedenen Vertreter*innen der Papua evaluiert und weiterentwickelt werden.
- **Internationale Beobachtung ermöglichen:** Indonesien soll an seine Zusage gebunden werden, einen Besuch des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Westpapua verbindlich zu terminieren. Zudem soll Westpapua für ausländische Journalist*innen, Berichterstatter*innen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) geöffnet werden. ●

Informieren und unterstützen

Mit dem Westpapua Journal auf dem Laufenden bleiben



Das Westpapua Journal erscheint zweimal im Jahr. Ein Abonnement kostet 20 Euro/Jahr für Einzelpersonen oder ist in einer Förderkreismitgliedschaft enthalten.

Hier gibt es eine Leseprobe unseres Journals:



Mitmachen und Förderkreismitglied werden

Für unsere Menschenrechtsarbeit braucht es einen langen Atem. Als Förderkreismitglied unterstützen Sie unser Netzwerk dauerhaft und machen unsere Aktivitäten planbarer. Das Abonnement des Westpapua Journals ist in der Förderkreismitgliedschaft enthalten und einmal im Jahr laden wir Sie zu unserer Mitgliederversammlung ein.

Unterstützen Sie uns regelmäßig und werden Sie Förderkreismitglied!



Spenden Sie für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in Westpapua

Sie können uns gern mit einer Spende unterstützen. Jeder Beitrag hilft! Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

Spendenkonto
IBAN: DE 45 3506 0190 0009 0909 08
SWIFT/BIC: GENODED1DKD
Kontoinhaber: Vereinte Evangelische Mission
Verwendungszweck: Westpapua-Netzwerk







Das Westpapua-Netzwerk

Das Westpapua-Netzwerk setzt sich seit den 1990er Jahren für eine größere zivilgesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit in Deutschland zu Westpapua ein. Das Westpapua-Netzwerk befasst sich mit der politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Situation in Westpapua und trägt die Stimme der Papua durch Bildung und Öffentlichkeitsarbeit und Advocacyarbeit nach Deutschland. Das Westpapua-Netzwerk nimmt keine eigene Position zum politischen Status und zu Fragen der Unabhängigkeit Westpapas ein.

Bei den Mitgliedsorganisationen im Westpapua-Netzwerk handelt es sich um Menschenrechts-, Solidaritäts- und Umweltgruppen, um Partnerschaftskirchenkreise, Gemeinden und andere Organisationen der evangelischen und katholischen Kirche. Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und andere Interessierte sind als Einzelpersonen im Netzwerk aktiv. Sie alle setzen sich auf unterschiedliche Art und Weise für Frieden und den Schutz der Menschenrechte in Westpapua ein.

Die Koordinationsstelle in Wuppertal koordiniert die Öffentlichkeits- und Advocacyarbeit des Netzwerkes. Hier laufen aktuelle Informationen aus Westpapua zusammen. Die Koordinationsstelle informiert über Entwicklungen in Westpapua, veröffentlicht zweimal im Jahr das „Westpapua Journal“ und setzt sich dabei stets zum Ziel, möglichst viele direkte Stimmen aus Westpapua zu präsentieren und einzubinden. Dies geschieht in unterschiedlichen Formaten in der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit.



Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal

Telefon +49 202 89004-170

wpn@westpapuanetz.de
www.westpapuanetz.de

Oktober 2025

grafische Arbeit @akalbudinetwork